

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 16 (1996)
Heft: 31

Artikel: Der Durchmarsch des Homo oeconomicus : die neoliberale Denkfabrik an der Universität Basel
Autor: Gabathuler, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651755>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Durchmarsch des Homo oeconomicus

Die neoliberale Denkfabrik an der Universität Basel

Vom englischen Liberalen Keynes stammt der Ausspruch, es wäre grossartig, wenn die NationalökonomInnen als bescheidene Fachleute angesehen würden - wie etwa die Zahnärzte. Soweit dieses Postulat sich an die politisch Verantwortlichen in westlichen Industrieländern richtet, scheint es längst erfüllt zu sein: Vom Council of Economic Advisers und der Brookings Institution über Deutschlands "Sachverständigenrat" mit seinen politisch gewichtigen Jahresgutachten bis in die Schweiz (eine rege Gutachtertätigkeit der staatseigenen Universitätsinstitute für kantonale Regierungen und Bundesrat¹) sind die NationalökonomInnen als Experten für wirtschaftspolitische Fragen weitgehend anerkannt, selbst wenn die Parlamente ihren Ratschlägen nicht immer zu folgen vermögen.

Liest man hingegen den Keynes'schen "Zahnärzte-Vergleich" als Forderung an die ökonomische "scientific community", sich auf die Formulierung von pragmatischen Problemlösungsrezepten für von aussen an sie herangetragene (volks-)wirtschaftliche Probleme zu beschränken, stellt man fest, dass ihre heute führenden Vertreter in der deutschen Schweiz - von den Universitäten St. Gallen und Basel bis in die Wirtschaftsredaktion der NZZ - bei ihrer politisch relevanten wissenschaftlichen Tätigkeit sich von einer liberalistischen Freiheitsideologie leiten lassen. Es sei hier der Basler Ordinarius René L. Frey im Vorwort seines Wirtschaftspolitik-Lehrbuchs für das Grundstudium zitiert: "Die hier eingenommene Grundhaltung möchte ich als individualistisch-liberal bezeichnen. [...] Es gehört zur Hauptaufgabe der Wirtschaft, den Menschen Freiheit zu geben. Eingeschränkt sehe ich diese Freiheit durch den ebenfalls auf individuelle Bedürfnisse zurückführenden Wunsch nach Gerechtigkeit und Sicherheit. [...] Diese Feststellung ist selbstverständlich eine Wertung, ein Bekenntnis."²

Daraus erwächst oft genug die Neigung, mit der Weihe der Wissenschaft sich - anders eben als die ZahnmedizinerInnen - auch zu ausserhalb des eigenen Fachbereichs liegenden Fragen "sachverständig" zu äussern und dies unter Umständen auch epistemologisch zu rechtfertigen, meist unter Zuhilfenahme von (sozio-)biologischen "Erkenntnissen". Fröhlich verkündet etwa Jack Hirshleifer, langjähriges Redaktionsmitglied der American Economic Review und Verfasser eines auch an Deutschschweizer Universitäten benutzten Wirtschaftstheorie-Lehrbuchs: "... certain ultimate principles of scarcity and opportunity cost, and the universal bioeconomic processes of competition and selection, will always remain valid for analyzing and predicting the course of human behavior and social organization."³

Dass hinter wissenschaftlichen Theorien und Erkenntnissen sich nicht nur Werturteile, sondern auch gesellschaftliche Interessen verbergen, ist

eine triviale Feststellung. Schwieriger zu beantworten ist die (doppelte) Frage, weshalb seit einigen Jahren die "scientific community" der Nationalökonomie im englischen und deutschen⁴ Sprachraum zunehmend von demselben Glauben an die alleinseligmachende Freiheit der Privatinitiative und die überlegene Effizienz der "Marktwirtschaft" beseelt ist, und wie es möglich war, dass aus einer ihrer Grenzen bewussten "pragmatischen" Einzeldisziplin eine aggressive "imperialistische" Welterklärungslehre wurde.⁵

Anhand der Veränderungen im nationalökonomischen Lehr- und Forschungsbetrieb der Universität Basel in den letzten Jahrzehnten lässt sich die in Gang gekommene Restauration der Wirtschaftswissenschaft - im weiteren Kontext einer "Durchkapitalisierung der Industriegesellschaft" - beispielhaft analysieren.

Die Uni Basel hatte auch und gerade auf dem Feld der Nationalökonomie während Jahrzehnten einen hervorragenden internationalen Ruf, nicht als Kadenschmiede wie die während langer Zeit auf Betriebswirtschaft und Management orientierte Hochschule St. Gallen, sondern als humanistisch geprägte Universität. Ab den zwanziger Jahren wirkte *Edgar Salin* als Ordinarius für Nationalökonomie und Vorsteher des "Staatswissenschaftlichen Seminars" (ab 1960 "Institut für Sozialwissenschaften"). Er war der wohl letzte grosse Vertreter der Deutschen Historischen Schule; Ökonomie wurde von ihm als Politische, als Sozialwissenschaft verstanden. Für diesen bürgerlich-humanistischen Gelehrten, der nebenbei auch griechische Klassiker ins Deutsche übersetzte und interpretierte, war der Einbezug von Geistes-, Sozial- und Kulturgeschichte in die ökonomische Lehr- und Forschungstätigkeit so selbstverständlich, wie ihm die zunehmende Formalisierung und Mathematisierung der sozialwissenschaftlichen Methodologie suspekt war.⁶ Auf genossenschaftlicher Basis gründete er 1948 die sozialwissenschaftliche, heute rein wirtschaftswissenschaftlich orientierte und überwiegend englischsprachige Zeitschrift "Kyklos". Zu seinem Nachfolger wurde 1965 ein anderer Emigrant aus Deutschland, *Karl William Kapp*, berufen, der eine "Erneuerung der Sozialwissenschaften" anstrebte und auch schon mal den Zusammenhang von industriell-kapitalistischer Entwicklung und positivistischer "Enthumanisierung" der Sozialwissenschaften kritisch untersuchte.⁷ Dass "Umweltökonomie" unter Kapps Nachfolger René L. Frey ein eifrig gepflegter Lehr- und Forschungsschwerpunkt an der Uni Basel wurde, spricht für eine gewisse "Nachhaltigkeit" von Kapps Wirken als Pionier, wenngleich seine kapitalismus- und zivilisationskritischen Intentionen in der zu reiner Apologie verkommenen "umweltökonomischen" Forschung keine Rolle mehr spielen.

Die Soziologie als neben der Nationalökonomie bedeutendste Sozialwissenschaft hatte sich inzwischen institutionell von dieser emanzipiert, wurde aber noch bis Ende der achtziger Jahre im (inzwischen schon stark von neoklassischer Ökonomie geprägten) "sozialwissenschaftlichen" Studiengang zumindest im Hauptstudium prinzipiell gleichwertig behandelt.⁸

Noch heute scheint übrigens die aus dem deutschen Historismus stammende Bezeichnung "Staatswissenschaften" (res politicae) in den Titeln "lic. rer. pol." bzw. "Dr. rer. pol." noch immer auf, auch wenn "Staatswissenschaft" längst zu reiner Wirtschaftswissenschaft degeneriert ist, *Politische Ökonomie in ökonomische Theorie der Politik* verkehrt wurde.

Die Restauration der Wirtschaftswissenschaft erfolgte in Basel vergleichsweise spät, aber sie erfolgte total. 1988 wurden die bisherigen wirtschaftswissenschaftlichen Institute (ohne die Soziologie) räumlich zusammengelegt und institutionell den Erfordernissen des mehr an mathematisch-technischer Ausbildung und verwertbarer Forschung denn an sozialwissenschaftlich-humanistischem Studium interessierten Zeitgeistes der Jahre des schnellen Geldes angepasst. Auf die Eröffnung des "Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums" (WWZ) folgte eine im Eilverfahren von den Ordinarien gegen den Protest eines politisch aktiven Teils der Studierenden durchgesetzte *neue Prüfungsordnung*.⁹ Diese brachte nicht nur die endgültige Umbenennung des Studiengangs ("Wirtschaftswissenschaften" anstelle von "Sozialwissenschaften"), sondern auch eine weitere *Verschulung* vor allem des Grundstudiums, beispielsweise die Einführung von Wirtschaftsinformatik als obligatorischem Fach. Die heute geltende Prüfungsordnung von 1994 sieht für die Zulassung zum Vorexamen acht obligatorische - oft in Multiple-Choice-Prüfungen zu erwerbende - Übungsscheine vor; zehn Jahre zuvor waren es noch vier gewesen.¹⁰ Ein seriöses Studium, das sich kritisch mit den Grundlagen wie Begrenzungen des eigenen Fachs (der Nationalökonomie)¹¹ und dessen Gegenstandes befassen würde, ist unter solchen Bedingungen nicht mehr möglich. Stattdessen werden die Studierenden äusserst einseitig im "ökonomischen Denken" (der Neoklassik) trainiert; sie werden nach erfolgreich bestandener Ausbildung nicht nur gute Chancen haben, ihre Arbeitskraft auf dem Markt erfolgreich verkaufen zu können, sie werden schon zuvor über das *privilegierte Fachwissen* - das "Instrumentarium des Ökonomen" - verfügen, das sie in der Analyse von Wirtschaft und Politik auszeichnet.

Die hier festgehaltenen Entwicklungen verdanken sich einem Zusammenwirken verschiedener Faktoren:

– Schon aus dem Anspruch, "Fachleute" für wirtschaftliche Problemlösungen auf Unternehmens- und Regierungsebene heranzubilden, resultiert tendenziell eine *Verengung des Studiums auf reine Fachausbildung*; die *Verschulung* ist also noch eine verspätete Folge "sozialtechnischer" Spezialisierungsbestrebungen, von denen auch verwandte Fächer wie Soziologie und Psychologie teilweise betroffen sind. Bei den Wirtschaftswissenschaften kommt ein wachsender Konkurrenzdruck unter den verschiedenen Universitäten hinsichtlich der Karrierechancen ihrer AbsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt noch hinzu.

– *Standardisierte Vorlesungsangebote* auch in den Kernfächern und das kreativitätstötende *Lernen fast nur nach Lehrbüchern* sind automatisch die Folge. Dies allein fördert schon die Tendenz zur *dogmatischen Verengung*:

Die unter dem Druck von durchschnittlich drei Prüfungen pro Semester stehenden Studierenden sollen ja nicht zusätzlich mit wissenschaftsgeschichtlichem und -theoretischem "Ballast" gefüttert werden. Hinzu kommt, dass der Lehrkörper der hierarchisch strukturierten Ordinariuniversität sich weitgehend kooptiert: Welche Ordinarien mit welcher theoretischen Ausrichtung berufen, aber auch welche anderen Dozenten und AssistentInnen von aussen wie aus dem eigenen Nachwuchs geholt bzw. in ihrer wissenschaftlichen Karriere gefördert werden, bestimmen weitgehend die bestellten Professoren.¹² Sind einmal genügend überzeugte Anhänger des neoklassischen Paradigmas an einem Institut in unkündbarer Position beschäftigt, findet der ansonsten vollmundig gepriesene Wettbewerb zumindest zwischen verschiedenen Paradigmen der Wirtschaftswissenschaft nicht mehr statt; Abweichler werden nicht mehr geduldet,¹³ und die (freiwillige) Oberstufen-Veranstaltung zur Wirtschaftsethik "wird momentan nicht gelesen".¹⁴

– Ein weiterer Aspekt, der für die (Selbst-)Reproduktion der nationalökonomischen "normal science" wie für die Akzeptanz und Weiterverbreitung neoliberaler Politikrezepte von Bedeutung ist, betrifft die *persönliche Erfahrung*, welche die später als ExpertInnen und BeraterInnen in Staat und Privatwirtschaft tätigen ÖkonomInnen im Laufe ihres Studiums machen: Erscheint das neoklassische Paradigma mit seinen weltfremd und zynisch anmutenden Grundannahmen (Menschenbild des Homo oeconomicus, Glaube an die Quantifizierbarkeit menschlicher Bedürfnisse) für viele Erstsemester noch als "Schocker", fördern Selektionsdruck und Indoktrination wie auch das lustvolle Spiel mit Modellen nach und nach sogar bei vielen kritisch eingestellten jungen Menschen eine einseitige "marktorientierte" Weltsicht. Gerade Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien, die heute ohne grössere finanzielle Probleme studieren können, machen hierbei die Erfahrung, dass individuelle Leistung sich lohnt, derweil die "Schattenseiten" des real existierenden Kapitalismus heute mühelos mit "Staatsversagen" (und nicht mit "Marktversagen", wie noch zu Keynes' Zeiten) erklärt werden können. Auch lässt ab und zu die querdenkerische Attitüde etwa von Professor Silvio Borner, der zuweilen auch für das bürgerliche Establishment unbequeme Analysen vornimmt,¹⁵ manche Leute vergessen, dass es sich beim "ökonomischen Denken" nicht etwa um ein "subversives" Denkinstrumentarium, sondern um bürgerliche Interessenvertretung in trendigem Gewande des Neoliberalismus handelt.

– Die schon zu Salins Zeiten (unter einer mehrheitlich sozialdemokratischen Kantonsregierung) *enge Beziehung von Wissenschaft und Politik*¹⁶ sowie zum Basler Grosskapital (Banken, Chemische Industrie) blieb erhalten; die vielen Gutachten, die zuhanden der Basler Regierung verfasst wurden,¹⁷ zeigen eine ungebrochene Kontinuität in diesem Bereich. Im Zeichen bürgerlicher Sparpolitik ist auch die Drittmittelfinanzierung (Aufträge der Privatwirtschaft!) der universitären Forschung offiziell erwünscht. Dass überdies die Politik der multinationalen Konzerne Errungenschaften wie die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften zunehmend infrage stellt, zeugt von

der praktischen "Nützlichkeit" der mit der Weihe der Wissenschaft versehenen neoklassischen/neoliberalen Ideologie. Eine von Sponsorengeldern immer stärker abhängige Bildungsinstitution kann sich kritische Ansätze auch kaum mehr leisten.¹⁸

Der Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft entspricht der "Imperialismus" der Fachökonomie, der Entmoralisierung der gesellschaftlichen Beziehungen der Zynismus mathematischer Modellabstraktion und des ökonomistischen Menschenbildes.

Technokratische Professionalisierung der Ausbildung, dogmatische Verengung in einem sich weitgehend selbst reproduzierenden Wissenschaftsapparat, ein akademischer Sozialisationsprozess, der Theorie und persönliche Erfahrung in Einklang zu bringen scheint, sowie traditionell enge Beziehungen der Wirtschaftswissenschaft zu Entscheidungsträgern in Staat und Unternehmen stärken das neoklassische Paradigma, derweil, auch als Nachwirkungen der Krise des Wohlfahrtsstaates und des Scheiterns der sozialistischen Planwirtschaften, existierende alternative Ansätze in Theorie und Praxis gegenwärtig keine besondere Anziehungskraft ausüben. Die gesellschaftliche Akzeptanz für marktliberale Politikrezepte, wie sie auch von den Basler Ökonomieprofessoren offensiv vertreten werden,¹⁹ ist zwar in zentralen Bereichen gerade der Sozialpolitik noch immer gering, hat aber generell in den letzten Jahrzehnten gerade bei den Angehörigen der gemeinhin als fortschrittlich eingestuften "Mittelschicht" zugenommen.²⁰ Dass die neoliberale Weltsicht ihre vermeintliche Plausibilität paradoxerweise gerade den von ihr infrage gestellten, weitgehend von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Fortschritten dieses Jahrhunderts verdankt,²¹ wird hingegen oft übersehen.

Anmerkungen

1. Erinnert sei hier nur an das in der Öffentlichkeit breit diskutierte Gutachten zuhanden des Bundesrates von Prof. Heinz Hauser (St. Gallen) zu den wirtschaftlichen Konsequenzen des (Nicht-)Beitritts zum EWR der Schweiz (Heinz Hauser/Sven Bradke, EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang: Wirtschaftliche Konsequenzen für die Schweiz. Gutachten zu Handen des Bundesrates, Chur/Zürich 1992). Derselbe Hauser firmiert bekanntlich auch als Mitherausgeber des "Weissbuchs" von de Pury et al. (Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz, Zürich 1995) - dies durchaus ohne Auftrag des Bundesrates.
2. René L. Frey: Wirtschaft, Staat und Wohlfahrt. Eine Einführung in die Nationalökonomie. 6., völlig Neubearb. Aufl., Basel/Frankfurt am Main 1990, S. 7. Auch Keynes betrachtete die Nationalökonomie als moralische, auf Werturteilen basierende Wissenschaft; vgl. dazu Harald Scherf: Marx und Keynes, Frankfurt am Main 1986, S. 143 ff.
3. Jack Hirshleifer: The Expanding Domain of Economics. In: The American Economic Review, Dez. 1985, S. 66. Das Schlagwort vom "Imperialismus der Ökonomie" ist im übrigen (auch) eine Selbstbezeichnung. Schon in den achziger Jahren erschien ein interdisziplinärer Sammelband, der diesen Anspruch markiert und zugleich reflektiert: Economic Imperialism. The Economic Method Applied Outside the Field of Economics, Hg. von Gerard Radnitzky und Peter Bernholz, New York 1987.
4. Auf die Vereinigten Staaten bezogen sehr instruktiv der Beitrag von David Gordon,

Zwischen Kelch und Lippe: Die Rolle der Mainstream-Ökonomie bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik. In: PROKLA 99, 1995, S. 245 ff. Im deutschen Sprachraum scheint Österreich eine Ausnahme zu sein: Ähnlich wie in Frankreich waren noch in den 80er Jahren sozialreformerische Auffassungen unter ÖkonomInnen verbreiteter als in Westdeutschland und der Schweiz. Vgl. dazu Bruno S. Frey et al.: Consensus and Dissension Among Economists: An Empirical Inquiry. In: The American Economic Review, Jg. 74 (1984), S. 986 ff.

- 5 Schon vor über zehn Jahren stellte Walter Schöni fest: "Die eifrigsten Verfechter der totalen Marktwirtschaft, der totalen Freiheit für den Markt und Freihandelskultur findet man jedoch unter den Professoren der Ökonomie." (W. Schöni, Neoliberalismus: eine Konterrevolution der Marktkräfte. In: Widerspruch 8, 1984, S. 9)
- 6 Er sprach in diesem Zusammenhang verächtlich von "Modellschreinerei". Vgl. Alfred Bürgin: Edgar Salin und die Geschichte. Eine Rede anlässlich der Gedenkfeier zum hundertsten Geburtstag von Edgar Salin am 10.2.1992 in der Alten Aula der Universität Basel, Manuskript SWA, S. 4.
- 7 K. William Kapp, Zum Problem der Enthumanisierung der "reinen Theorie" und der gesellschaftlichen Realität. In: Kyklos, Fasc. 1, 1967, S. 307 ff. Zu Kapp vgl. den Beitrag von Rolf Steppacher in diesem Heft.
- 8 Ordnung der Philosophisch-Historischen Fakultät für das sozialwissenschaftliche Abschlussexamen und für die Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften vom 17.8.1979, insbes. §§ 3, 13.
- 9 Eine Vollversammlung forderte die Limitierung des "unnötigen Prüfungsdrucks", mehr Transparenz und mehr Mitbestimmung (Kolibri, 6/88). Nach der Verabschiedung der Prüfungsordnung schrieb ein Aktivist resigniert: "Jetzt haben wir also diese neue Prüfungsordnung. Einen Grund, stolz darauf zu sein, gibt es nicht, wird doch damit eine Abteilung mehr verschult und erleidet die Idee Universität ein Teilbegräbnis. [...] Dieses Gerangel um die neue PO hat die Machtstrukturen an der Universität offengelegt, die man überhaupt nicht als demokratisch bezeichnen kann. Die Studierenden haben praktisch keine Mitbestimmungsrechte." (rg in Kolibri 2/89)
- 10 Ordnung der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel für das Studium der Wirtschaftswissenschaften und das wirtschaftswissenschaftliche Lizentiats-Examen, vom Erziehungsrat genehmigt am 6. Juni 1994, § 9.
- 11 Die Betriebswirtschaftslehre sowie die ökonomischen Hilfswissenschaften (Wirtschaftsinformatik, Statistik, Ökonometrie) werden hier aus der Analyse ausgeklammert. Inwieweit auch der heutigen Betriebswirtschaftslehre "imperialistische" Bestrebungen inhärent sind, wäre anhand von Managementtheorien zu untersuchen. Der Begriff des "New Public Management" etwa suggeriert, dass Staatsverwaltungen wie private Unternehmen geführt werden sollten.
- 12 Zur Zeit handelt es sich am Institut für Volkswirtschaft um Peter Bärnholz ("Ordnungspolitik", monetäre Aussenwirtschaft), Silvio Borner (Entwicklungspolitik, internationale Wettbewerbsfähigkeit), Martin Hellwig (Finanz- und andere Märkte) und René L. Frey (Umwelt- und Verkehrspolitik, Finanzwissenschaft).
- 13 Das geschah zu Beginn der neunziger Jahre mit den Extraordinarien René Erbe, einem Keynesianer alter Schule, und dem für Wirtschafts- und Dogmengeschichte zuständigen Alfred Bürgin, deren Lehraufträge nach Erreichen der Altersgrenze nicht mehr erneuert wurden, obwohl dies ohne weiteres möglich gewesen wäre. Auf den Salin-Schüler Bürgin folgte der hauseigene Privatdozent Peter Stolz, ein Anhänger der neoinstitutionalistischen Schule der Wirtschaftsgeschichte.
- 14 Prüfungskommission für Wirtschaftswissenschaften: Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung (4.7.1995), S. 15.
- 15 Vgl. insbesondere das Manifest "Schweiz AG: Vom Sonderfall zum Sanierungsfall" (S. Borner, A. Brunetti und T. Straubhaar, Zürich 1990) mit seiner Kritik an der Referendumsdemokratie und die "ökonomische" Analyse der Schweizer Armee (Effizienz,

- allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem - ein paar kritische Gedanken aus preistheoretischer Sicht. Diskussionspapier, Basel 1978).
- 16 Salin gilt als Erfinder des Basler "Arbeitsrappens", einer Sondersteuer auf Arbeitseinkommen zur Finanzierung staatlicher Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose in den dreissiger Jahren.
 - 17 Besonders Professor Frey tat sich hier immer wieder hervor; er war auch für das Buwal, die Nordwestschweizer Regionalplanungskommission, die Eidgenössische Finanzverwaltung und die Basler Kantonalbank tätig. Borner und Frey leiteten 1983 gemeinsam das Projekt "Strukturanalyse" des Basler Gesundheitswesens.
 - 18 "Die Bezüge zur Geschichte, zur Politik und zum Recht waren in Basel stets wichtig, sie sind es geblieben und sollen noch verstärkt werden", schrieb zwar Silvio Borner noch 1988, um aber gleich warnend einzuschränken: "Die Wissenschaft wird nicht als Selbstzweck oder rein ästhetisches Konstrukt aufgefasst, sondern findet ihre Legitimation in der Anwendung." (S. Borner in *uni nova*, 50/1988, S. 6) Alfred Bürigin bemerkte einige Jahre später dazu: "Ein Universitätsinstitut, das sich darauf kapriziert, sich von einer Geschäftsstelle chauffieren zu lassen, die von einer ausseruniversitären Interessengruppe eingesetzt, finanziert und von ihr kontrolliert ist, *vergibt* sich und stellt sich auf die Dauer selbst in Frage. [...] Die Arbeit eines solchen Instituts wandelt sich zu einer klappernden Mühle des Alltags [...], in dem nicht mehr die *Sache*, sondern Optik und Interessen der *Auftraggeber*, bewusste und unbewusste *Rücksichtnahmen* sowie *Termine* die Inhalte zu bestimmen beginnen." (Bürigin, a.a.O., S. 11, Hervorhebungen im Original)
 - 19 Ein aktuelles Beispiel liefert Prof. Martin Hellwig mit seiner Stellungnahme zu den jüngsten Turbulenzen rund um die Schweizerische Bankgesellschaft (NZZ, 20.4.1996), in der er die Auffassung vertritt, dass "Strukturanpassungen" unvermeidlich seien; der gegenwärtigen Strategie des SBG-Managements steht er daher skeptisch gegenüber. Was für den Staat recht ist (Unterwerfung unter die "Marktgesetze"), soll auch dem Grossunternehmen SBG billig sein - "volkswirtschaftliche Verantwortung" hin oder her... Rene L. Frey wiederum trat kürzlich an einer Podiumsdiskussion zur Zürcher Universitätsreform auf, wo er massiv erhöhten Studiengebühren ("Kostenwahrheit"!) das Wort redete (Bericht in ZS, 3.5.1996). Vgl. auch Silvio Borner: Sind unsere Löhne zu hoch? Löhne, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft, Zürich 1995.
 - 20 Die weitgehend negativen Reaktionen auf die sozialpolitischen Thesen des "Weissbuchs" von de Pury et al. zeigen dies deutlich. Andererseits fordert auch die Mittelschichtenpartei SPS mit schöner Regelmässigkeit "mehr Markt" in etlichen Politikbereichen (etwa in der Umwelt-, Landwirtschafts- und Wettbewerbspolitik). Hinter der vermeintlich pragmatischen Vernunft verbirgt sich gesellschaftspolitische Phantasielosigkeit und eine für die aufstiegsorientierten "Kinder des Wohlfahrtsstaates" typische kleinbürgerlich-individualistische Weltsicht.
 - 21 Elmar Altvater stellt fest: "Die neoliberale Betonung der ‚Konsumentensouveränität‘ macht nur Sinn, wenn die Arbeiter systemisch als Konsumenten anerkannt sind. Der neoliberal/neoklassische Diskurs ist somit an die Herausbildung ‚fordistischer‘ Verhältnisse gebunden." (E. Altvater, *Der Preis des Wohlstands*, Münster 1992, S. 66).